

# à propos

Das  
Friedensmagazin  
von KOFF



## SDG 16: Frieden, Gerech- tigkeit und starke Institu- tionen – Wo stehen wir?

swiss  
peace

Schweizerische Friedensstiftung  
Fondation suisse pour la paix  
Fondazione svizzera per la pace  
Swiss Peace Foundation

1

schwerpunkt

---

Keine Nachhaltigkeit ohne Frieden, kein Frieden ohne Nachhaltigkeit

---

2

dossier

---

Die DEZA: Ein integrierter und gemeinsamer Ansatz zur Erreichung des Ziels 16

---

Von einer globalen Vision zu einer lokalen Realität

---

Mehr Gemeinschaftsdynamik zur Stärkung der Demokratie in Haiti

---

Vertrauensbildung: Ein Schlüssel für Frieden und nachhaltige Entwicklung

---

Der Beitrag der Medien zum Unterziel 16.10

---

Mit Clean & Green für Nachhaltigkeit und friedliches Zusammenleben

---

Bibliotheken weltweit leisten einen Beitrag zum Frieden

---

Agenda 2030 bringt Chance für Friedens- statt Sicherheitspolitik

---

Der Handlungsspielraum der Zivilgesellschaft und das Entwicklungsziel 16

---

Frieden, Gerechtigkeit und Inklusion bedingt Geschlechtergerechtigkeit

---

Die SDGs: das erste Entwicklungsprojekt für die gesamte Menschheit

---

Unterstützung der Zivilgesellschaft bei der freiwilligen nationale Überprüfung 2019

---

3

erfahren sie  
mehr  
darüber

---

Ziele, Indikatoren, Daten – Kann man Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen messen?

---

4

aktuell

---

Fragilität, Konflikte & Staaten Kurs

---

KOFF Highlights 2018: Wie tragen wir zur Friedensförderung bei?

---

Konferenz: Die Perspektive der Zivilgesellschaft zu “Frauen, Frieden und Sicherheit” und Prävention von gewalttätigem Extremismus

---

5

agenda

---

Veranstaltungen & News

---

## editorial

Mehrheitlich herrscht Konsens darüber, dass die Agenda 2030 mit ihren 17 Entwicklungszielen eine Errungenschaft ist. Erfreulich ist auch, dass mit SDG (Sustainable Development Goal) 16 das Thema «Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen» explizit erwähnt wird.

Doch wie wird aus dieser Vision und aus viel gutem Willen eine Realität? KOFF Trägerorganisationen aus verschiedenen NGOs und aus der Bundesverwaltung melden sich in dieser Ausgabe zu Wort. Einige sehen bereits in den Forderungen des Ziels 16 Schwächen. So finde SDG 16 beispielsweise nicht genügend klare Worte, wenn es um die Rüstungskontrolle geht, zudem fehle es generell an konkreten friedenspolitischen Postulaten. Mehrmals wird auch betont, dass das Ziel 16 alleine nicht erfolgreich sein kann, sondern dass es gemeinsam mit den anderen Zielen umgesetzt werden muss. Ein integrierter Ansatz ist somit unabdingbar. Hervorgehoben wird auch die grosse Bedeutung der Zivilgesellschaft bei der Umsetzung von SDG 16. Umso beunruhigender ist deshalb das Schrumpfen des Handlungsspielraums der Zivilgesellschaft. Gewisse Autoren\_innen erzählen auch ganz konkret, wie sie mit ihren Projekten einen Beitrag zum SDG 16 leisten. So wird beispielsweise durch die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen mehr Gerechtigkeit und solidarische Verantwortung angestrebt, was wiederum der Prävention struktureller Gewalt dient. Zu guter Letzt wird noch die Frage aufgeworfen, ob Ziel 16 messbar ist und ob eine quantitative Messung überhaupt Sinn macht.

Ich wünsche eine angenehme Lektüre!

Redakteurin KOFF Magazin, Amélie Lustenberger

schwerpunkt

# Keine Nachhaltigkeit ohne Frieden, kein Frieden ohne Nachhaltigkeit



Die Nutzung des Mekongs ist ein berühmtes Beispiel grenzübergreifender und sehr komplexer Nachhaltigkeitskonflikte. Foto: Creative Commons

Blickt man aus einer Friedensperspektive auf die Agenda 2030 und ihre 17 Ziele, sticht selbstverständlich das Ziel 16 ins Auge:

*“Friedliche und inklusive Gesellschaften für eine nachhaltige Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen”*

Am diesjährigen High Level Political Forum steht das Ziel 16 neben fünf weiteren Zielen im Fokus. Grund genug, einen vertieften Blick auf Frieden und die Agenda 2030 zu werfen.

Seit Januar 2019 ist das Büro der Koordinationsstelle der Plattform Agenda 2030 und somit mein Büro bei swisspeace angesiedelt. Aus dieser Erfahrung erschlossen sich mir zwei ganz zentrale Schnittpunkte zwischen der Agenda 2030 und der Friedensarbeit.

Erstens: Ein holistischer Friedensansatz und ein holistischer Nachhaltigkeitsansatz bedingen sich gegenseitig. Vereinfacht: Die Agenda 2030 lässt sich nicht ohne das Ziel 16 denken und das Ziel 16 lässt sich nicht ohne einen Grossteil der Ziele der Agenda 2030

denken.

Zweitens: In der Agenda 2030 gibt es Zielkonflikte. Die Friedensarbeit kann einen methodischen Mehrwert für die Lösung der inhärenten Zielkonflikte der Agenda 2030 bringen.

### **Ein holistischer Ansatz**

Zum ersten Punkt: Johan Galtung – eine Koryphäe der Peace Studies – hat das Konzept des “Positive Peace” geprägt. Er zeigt auf, dass Frieden viel mehr ist als die Absenz von direkter Gewalt. Er unterscheidet zwischen zwei Friedensdefinitionen: “positivem” und “negativem Frieden”. Negativer Frieden konzentriert sich auf die Abwesenheit direkter Gewalt, positiver Frieden zusätzlich auf die Abwesenheit von struktureller und kultureller Gewalt. Er spricht damit die vielen gesellschaftlichen Faktoren an, die ein friedliches Zusammenleben ermöglichen und fördern. Positiver Frieden ist als ganzheitlicher Ansatz zu betrachten. Frieden kann nicht isoliert gedacht werden.

Nimmt man eine Perspektive des positiven Friedens ein, wird einmal mehr klar, wie wichtig die Agenda 2030 als Ganzes ist. Das Ziel 16 und seine zwölf Unterziele beziehen zwar schon ein relativ breites Spektrum an Faktoren ein, aber erst in Zusammenhang mit den anderen Zielen nähern wir uns einer ganzheitlichen Betrachtung. So beinhaltet das Ziel 16 unter anderem die Bekämpfung von Korruption sowie unlauterer und illegaler Finanz- und Waffenflüsse, dass alle eine rechtliche Identität benötigen oder den stärkeren Einbezug von Entwicklungsländern in den globalen Institutionen. Ein zentrales Element der Agenda 2030 sind aber auch die wechselwirkenden Interaktionen zwischen den Zielen. Beispiele für Ziele, die eine klare Verbindung zu Frieden, Konflikten und Gewalt haben, sind das Ziel 5 zu Geschlechtergerechtigkeit, das Ziel 10 zu Ungleichheit oder auch das Ziel 15 zu Landökosystemen. Gleichzeitig verunmöglichen Konflikte und Gewalt die Erreichung dieser Ziele.

Aus Schweizer Perspektive ist das Ziel 17.14 besonders hervorzuheben: Politikkohärenz für Nachhaltige Entwicklung. Hinter diesem technisch anmutenden Begriff versteckt sich das Anliegen, Widersprüche der Politik zugunsten der Nachhaltigen Entwicklung aufzulösen. Ein Beispiel: Es kann im Sinne der Nachhaltigen Entwicklung kaum zielführend sein, Waffen in Länder zu exportieren, die in Konflikte involviert sind.

### **Die Zielkonflikte**

Die Agenda 2030 ist ein Etappensieg. 17 Ziele und 169 ausgehandelte, vergleichsweise konkrete Unterziele in einem Dokument. Obwohl die Ziele nicht bindend sind, stehen sie für eine erfolgreiche Zusammenarbeit der momentan viel kritisierten UNO. Leider bleibt ein langjähriger Kritikpunkt an der Nachhaltigen Entwicklung bestehen: Zielkonflikte der Nachhaltigen Entwicklung würden nicht (genug) thematisiert und gelöst. Das führt zum zweiten der genannten Punkte: Was wenn sich Ziele widersprechen? Welche Ziele respektive welche Interessen haben welche Priorität? Das Problem ist so alt wie die Diskussion um Nachhaltige Entwicklung in der UNO.

Die erste UN Umweltkonferenz hat 1972 in Stockholm stattgefunden. Maurice Strong, der den Vorsitz innehatte, erzählte der BBC 2011, dass sich die Entwicklungsländer überlegten,

die Konferenz zu boykottieren. Ihre Sorge war, dass die Umweltthematik den Fokus von ihren Problemen wie Armutsbekämpfung und Entwicklung nehmen würde. Das Problem ist alles andere als neu.

Der International Science Council hat 316 Interaktionen untersucht. Er hat sich dabei auf die Ziele 2 – kein Hunger; 3 – Gesundheit und Wohlergehen; 7 – bezahlbare und saubere Energie und 14 – Leben unter Wasser konzentriert. Von den 216 untersuchten Interaktionen sind 238 positiv, 12 neutral und 66 negativ. Bei den negativen Interaktionen kommt es somit zu sogenannten «Trade-offs». Das Wort macht klar, dass es hier abzuwägen gilt. Ein Beispiel aus der genannten Studie:

Die Ziele 14.2 und 14.5, die den Schutz von Küstengebieten verlangen, können mit wirtschaftlichen Aktivitäten, Wachstum und der Anzahl an Jobs, wie sie in den Zielen 8.1. und 8.3 gefordert werden, in Konkurrenz treten. Hier gilt es, Lösungen zu finden und Interessen abzuwägen.

### **Eine Wertediskussion**

Das sind gesamtgesellschaftliche Wertediskussionen. Es gilt abzuwägen, was wichtig ist, und wer welche Interessen hat. Die Klimastreiks haben zudem erneut auf die Dringlichkeit aufmerksam gemacht, die Interessen der jungen Generation einzubeziehen. Dazu kommt die Herausforderung, die Interessen von zukünftigen Generationen einfließen zu lassen. Darüber hinaus stellen gewisse Kreise die Frage, ob nicht die Natur einen intrinsischen Wert und somit Rechte hat? Wesentlich ist – natürlich genauso für die Gegenwart – einer der Leitsätze der Agenda: dass niemand zurückgelassen werden soll (leave no one behind). Verschiedene Gemeinschaften und Interessensvertreter\_innen haben zudem sehr unterschiedliche Möglichkeiten, sich Gehör zu verschaffen und sich durchzusetzen. Die Machtfrage ist zentral.

Diese Interessensabwägungen und Wertediskussionen müssen möglichst gut und fair fasilitiert werden. Welchen Wert will die Weltgesellschaft einer intakten Natur beimessen? Welchen Entscheidungsspielraum sollten zukünftige Generationen haben? Welche Institutionen brauchen wir, um diese Fragen langfristig angehen zu können? Die Schweiz hat nun ein Direktorenkomitee eingesetzt, welches die relevanten Bundesämter versammeln und sich unter der Leitung von zwei Delegierten der nachhaltigen Entwicklung annehmen soll – wie es scheint ohne nennenswerte zusätzliche Ressourcen. Kann ein solches Gremium mutige Entscheidungen treffen? Was für Ressourcen und Kompetenzen würde es dafür brauchen, wo stehen diese im Widerspruch mit unserer etablierten Verwaltungsstruktur?

Es bringt wenig, die Augen vor den Trade-offs und Interessensabwägungen zu verschliessen. Wie werden Diskussionen geführt? Welche Elemente sind wichtig? Wer sind die Interessens-/Konfliktparteien? Und welche Prozesse führen zu fairen und repräsentativen Lösungen?

Im Versuch, diese Konflikte zu lösen, kann die Friedensperspektive und die Erfahrungen der Friedensarbeit weit über das Ziel 16 hinaus einen grossen Mehrwert einbringen. Dies mit ihrer Erfahrung im Mapping der Konfliktparteien, dem konfliktsensiblen Ansatz und holistischen und langfristigen Ansätzen der Konfliktlösung.

### [Plattform Agenda 2030](#)

Sara Frey

Sara.Frey@swisspeace.ch

Coordination of the Plattform Agenda 2030

### links

- [International Science Council: A Guide to SDG Interactions: from Science to Implementation \(auf Englisch\)](#)
- [Johan Galtung, Mitbegründer des: Peace Research Institute Oslo \(PRIO\) \(auf Englisch\)](#)
- [Interview mit Maurice Strong zur ersten UN Umweltkonferenz \(auf Englisch\)](#)
- [Ein Buch zum Nachhaltigkeitsbegriff: «Die Entdeckung der Nachhaltigkeit»](#)
- [Ein Klassiker der Kritik am Begriff der nachhaltigen Entwicklung: „Sustainable development: A critical review“ \(auf Englisch\)](#)
- [Plattform Agenda 2030](#)

---

dossier

# Die DEZA: Ein integrierter und gemeinsamer Ansatz zur Erreichung des Ziels 16



In Kirgisistan ist der Baumwollanbau ein wichtiger Wirtschaftszweig mit einer der stärksten Wertschöpfungsketten. © DEZA

2015 brachten die Staats- und Regierungschefs dieser Welt, in der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung, ihre Entschlossenheit zum Ausdruck, "friedliche, gerechte und integrative Gesellschaften zu fördern, die frei von Angst und Gewalt sind". Sie setzten sich im Rahmen des Ziels 16 ehrgeizige Pläne: die Gewalt überall reduzieren, den Zugang zur Justiz für alle gewährleisten und wirksame, transparente und integrative Institutionen schaffen.



Darüber hinaus entwickeln die Schweiz und eine Gruppe ausgewählter Länder und Agenturen gemeinsam 16+: ein integrierter Ansatz, der anerkennt, dass Ziel 16 allein nicht erfolgreich sein kann, wenn es nicht gemeinsam mit den Zielen zu Armut, Bildung, Geschlechtergleichstellung, integrativem Wachstum, Beschäftigung, Abbau von Ungleichheiten und nachhaltigen Städten umgesetzt wird. Die Erprobung von 16+ Ansätzen beschleunigt gemeinsame Anstrengungen, indem stärkere Narrative, Schnittstellen und Synergien gefördert werden.

Die Schweiz ist auch bei der Gründung der «Pathfinders Initiative» für friedliche, gerechte und integrative Gesellschaften dabei, einer Koalition aus Ländern und Organisationen, die darauf abzielt, die Umsetzung von Ziel 16 und 16+ zu beschleunigen. Im Jahr 2017 verabschiedeten die «Pathfinders» einen Fahrplan, der entscheidende Elemente für den Erfolg der Agenda hervorhebt, die für alle Länder und Interessengruppen relevant sind und sich auf Lösungen und Ergebnisse konzentrieren. Der Fahrplan betont wichtige Strategien für einen erfolgreichen Wandel, Aktionen die etwas ins Rollen bringen und Ermächtigungsstrategien, welche die Grundlagen für eine ehrgeizige Umsetzung stärken. In diesem Sommer wird das «High Level Political Forum» die Bemühungen aller Akteure, die mit dem Ziel 16 und 16+ zu tun haben, vorstellen. Mitglieder der «Pathfinders» werden ihr Engagement für mehr Gerechtigkeit und einige ihrer Überlegungen zur Verringerung von Gewalt präsentieren.

Bilateral führt die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit (DEZA) schrittweise 16+ Elemente im politischen und multistakeholderorientierten Dialog sowie in den relevanten Aspekten ihrer Strategien und Programme ein. Die DEZA fördert friedliche Gesellschaften in Ländern wie Kambodscha, Kolumbien, Mali und Tunesien. Dies tut sie mit Programmen, die Gewalt und gewalttätigen Extremismus vermindern, eine gute Regierungsführung im Sicherheitssektor unterstützen sowie Antipersonenminen bekämpfen. Die DEZA unterstützt gerechte Gesellschaften in Afghanistan, Honduras, Laos, Mosambik und Ruanda durch die Unterstützung der Menschenrechte und den Zugang zur Justiz sowie die Bekämpfung der Korruption. Zudem fördert die DEZA auch integrative Gesellschaften in Ägypten, im Gebiet der Grossen Seen oder in Nepal, indem sie integrative Politik, die Gleichstellung der Geschlechter, die Bekämpfung aller Formen von Diskriminierung, die Konsolidierung des Raums für die Zivilgesellschaft sowie deren Beteiligung unterstützt.

Die Schweiz beabsichtigt, die Synergien von 16+ zu stärken und Intersektionalitäten rund um Frieden, Gerechtigkeit und Integration für den Erfolg der Agenda 2030 zu nutzen.

#### [Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit \(DEZA\)](#)

Martin Roch

[martin.roch@eda.admin.ch](mailto:martin.roch@eda.admin.ch)

#### links

- [Pathfinders roadmap for peaceful, just and inclusive societies \(auf Englisch\)](#)
- [Armutsbekämpfung, Verringerung der Fragilität und Stärkung der Widerstandskraft](#)
- [Engagement in fragilen Staaten: nachhaltige Unterstützung für Regagement in fragilen Staaten: nachhaltige Unterstützung für Regierungen und Bevölkerung](#)

# Von einer globalen Vision zu einer lokalen Realität



Lokale Planung und lokale offene Budgetierung in Bangladesch. Foto: Jens Engeli, Helvetas Swiss Intercooperation Schweiz

Das SDG 16 ist ein grosser Durchbruch in Bezug auf die Anerkennung von Gouvernanz für eine integrative und nachhaltige Entwicklung. Dies zeigt sich durch die Betonung effektiver und rechenschaftspflichtiger Institutionen und integrativer Entscheidungsfindung auf allen Ebenen, ebenso wie durch die Ziele Rechtsstaatlichkeit, Korruptionsbekämpfung und Zugang zu Informationen. Für die DEZA sind dies bedeutende thematische Prioritäten.

Wichtig zu erwähnen ist der Begriff "alle Ebenen". Er unterstreicht die Rolle der subnationalen Ebene bei der Umsetzung der Agenda 2030 von einer globalen Vision in eine lokale Realität. Lokale Gemeinschaften und Interessengruppen kennen die lokalen Bedürfnisse und Kapazitäten am besten. Sie können die nationalen Strategien an die Realität ihrer Territorien anpassen und sind somit entscheidende Partner. Gleichzeitig bietet dies die Möglichkeit, die Verpflichtungen zur Dezentralisierung und zu einer effektiven, verantwortungsvollen und integrativen lokalen Verwaltung zu erneuern.

In den meisten Partnerländern der DEZA spielen die lokalen Gemeinschaften jedoch eine marginale Rolle bei der Umsetzung der Agenda 2030 und ihre Beiträge zu den freiwilligen nationalen Berichten sind gering und schlecht strukturiert. Dies gilt insbesondere für ländliche Ortschaften, die weniger Ressourcen und Unterstützung zur Verfügung haben. Altbekannte Einschränkungen, wie das Fehlen klarer Verantwortlichkeiten und finanzieller

Ressourcen, bestehen fort. Darüber hinaus sind die lokalen Interessengruppen schlecht über die SDGs und die jeweiligen nationalen Pläne informiert und wissen nicht, wie sie dies in ihrem lokalen Kontext umsetzen können.

Deshalb muss die “Lokalisierung der SDGs” ganz oben auf der Agenda stehen. Eine kurze Umfrage unter den DEZA-Büros zeigt entsprechende Bemühungen. Dazu gehören beispielsweise die Sensibilisierung der lokalen Regierungen, der Zivilgesellschaft usw. für die Agenda 2030, die kommunale Strategieplanung im Hinblick auf die SDGs und die jeweiligen nationalen Ziele, die Verbesserung der Qualität und Verfügbarkeit politisch relevanter Daten, die Einrichtung subnationaler Informations- und Überwachungssysteme oder die Förderung des Multi-Stakeholder-Dialogs über die SDGs. Die Einbeziehung von lokalen Regierungsverbänden, die Ausbildung von Trainern\_innen und die Förderung von Champions sind einige weitere erwähnenswerte Strategien.

Eine zusätzliche Herausforderung ist der weltweite Trend des “schrumpfenden Handlungsspielraums der Zivilgesellschaft”. Aus diesem Grund hat die DEZA einen Reflexionsprozess eingeleitet, um Räume für den öffentlichen Dialog und integrative Entscheidungsprozesse zu schaffen. Dies kann ein breites Spektrum von Aktivitäten umfassen: von der Unterstützung zivilgesellschaftlicher Initiativen und Plattformen zur Identifizierung und Diskussion konkreter und potenziell weniger sensibler Entwicklungsprioritäten oder deren Unterstützung bei der Erforschung des Potenzials der digitalen Kommunikation über die Begleitung exponierter Akteure bei der Durchführung von Risikobewertungen und der Erstellung von Sicherheitsplänen bis hin zur Teilnahme der Schweiz am konzertierten politischen Dialog auf hoher Ebene. Das Lernen und der Austausch mit anderen Entwicklungsakteuren ist noch im Gange.

#### [Die Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit \(DEZA\)](#)

Corinne Huser

Corinne.Huser@eda.admin.ch

Policy Advisor Democratisation, Decentralisation and Local Governance

#### links

- [DEZA Website zu Dezentralisierung und Lokale Gouvernanz mit Erklär Video](#)
- [Sharewebs DDLGN, SDC Policy on Democratisation, Decentralisation and Local Governance \(auf Englisch\)](#)
- [Agenda 2030 Localising the SDGs, development partners network on decentralisation and local governance \(DeLoG\) \(auf Englisch\)](#)

---

dossier

# Mehr Gemeinschaftsdynamik zur Stärkung der Demokratie in Haiti



Demonstrationen in Port-au-Prince, Februar 2019. Foto: Hector Retamal (AFP)

Der Sturz von Duvalier 1986 und die Annahme der Verfassung von 1987 markierten den Beginn einer neuen politischen Ära in Haiti: der Demokratie. Allerdings hapert das Unterfangen, denn die Verfassung übernimmt zwar die Schlüsselbegriffe einer Demokratie, doch Korruption und eine mangelnde Berücksichtigung der Bedürfnisse der Bevölkerung behindern deren Umsetzung. Es ist daher nicht übertrieben zu sagen, dass der 1986 begonnene Übergang zu soliden demokratischen Institutionen in Haiti noch immer nicht gelungen ist.

Das Land befindet sich in einer instabilen politischen Situation, die durch einen beispiellosen sozialen und wirtschaftlichen Zusammenbruch gekennzeichnet ist. Die Verzögerung der Demokratisierung ist ein ernsthaftes Hindernis für die wirtschaftliche, soziale und menschliche Entwicklung.

Die Vereinten Nationen stellen in ihrer Beschreibung des Entwicklungsziels 16 fest: "Rechtsstaatlichkeit und Entwicklung sind eng miteinander verbunden und verstärken sich

gegenseitig, so dass sie für eine nachhaltige Entwicklung auf nationaler und internationaler Ebene unerlässlich sind. »

Das Engagement des « Centre de Recherche et de Formation Économique et Sociale pour le Développement » (CRESFED) verfolgt diese Idee. Die 1986 gegründete haitianische Organisation, arbeitet daran, zur Transformation einer gerechten, integrativen und partizipativen Gesellschaft in einem demokratischen Rechtsstaat beizutragen.

Um dieses Ziel zu erreichen, arbeitet CRESFED mit Eirene Schweiz – einer Organisation, die sich für die Förderung von Frieden und Menschenrechten einsetzt – zusammen. Gemeinsam haben die Organisationen ein Bürgerprojekt für junge Menschen im Süden Haitis ins Leben gerufen.

Das Projekt will das Bürgerbewusstsein junger Menschen im Alter von 18 bis 28 Jahren schärfen und sie ermutigen, sich für die öffentlichen Angelegenheiten ihrer Gemeinde zu engagieren. Als Freiwillige von Eirene Suisse bei CRESFED beteilige ich mich an der Umsetzung dieses Projekts, indem ich meine Kommunikations- und Advocacy-Fähigkeiten sowie Instrumente zur Mobilisierung von Bürger\_innen für einen nachhaltigen Wandel, zur Verfügung stelle.

Diese Initiative ist Teil eines Bottom-up-Entwicklungsansatzes, der sich darauf konzentriert, die Begünstigten in die Suche nach Lösungen miteinzubeziehen. Dadurch entstehen Lösungen, die ihr praktisches Umfeld und den Schutz ihrer Rechte in Betracht ziehen.

Die Aktivitäten von CRESFED richten sich auch an lokale Behörden, mit denen sie zusammenarbeitet. Deren Einbezug ist Teil eines Ansatzes zur Stärkung des Dezentralisierungsprozesses, um eine robustere lokale Regierung zu gewährleisten.

Dies ist entscheidend für die Erreichung des Ziels 16, wie CRESFED in seinem Entwicklungsplan festhält: “die Verbesserung der lokalen Fähigkeiten, die zu einer selbsttragenden Entwicklung führen können, fördern eine Verbesserung der Lebensbedingungen und das Lebensumfeld der gesamten Gemeinschaft (....) durch eine effektive und gerechte lokale Regierungspolitik.”

[Eirene Suisse](#)

Elise GOLAY

[elisegolay@gmail.com](mailto:elisegolay@gmail.com)

[links](#)

- [Verfassung von 1987 \(auf Französisch\)](#)
- [Inquiète, l'Union européenne appelle à la mise en place d'un nouveau gouvernement \(auf Französisch\)](#)
- [L'ONU, dans sa description de l'ODD 16 \(auf Französisch\)](#)
- [CRESFED \(auf Französisch\)](#)
- [Projet de citoyenneté \(auf Französisch\)](#)
- [Collaboration du CRESFED avec les autorités locales \(auf Französisch\)](#)

---

dossier

# Vertrauensbildung: Ein Schlüssel für Frieden und nachhaltige Entwicklung



Hirten schützen sich unter einem Baum im Tschad vor der Sonne. Bild: Theo Freundt

Nichts zerstört Lebensgrundlagen und Wirtschaft so sehr wie gewalttätige Konflikte – ausser vielleicht Umweltkatastrophen. Entwicklung, Frieden und Umwelt sind deshalb untrennbar miteinander verbunden.

In Baringo County, Kenia, ist das Gras während der Trockenzeit knapp. Hirtengemeinschaften wie die Pokot und Ilchamus sind aber auf diese, durch den Klimawandel unberechenbar gewordene Ressource angewiesen. In der Region werden tödliche Konflikte in einem Jahr gelöst, nur um im nächsten wieder aufzuflammen. Ein kenianischer Aktivist drückt es wie folgt aus: “Man kann den Frieden nicht essen”. Gleichzeitig werden Landschaftsrestaurierungsprojekte aufgrund von Unsicherheiten eingestellt.

Die Programme “Land, Lives and Peace” und “Creators of Peace” von Initiative der Veränderung beziehen mit ein, dass Friedensförderung und Landrestaurierung untrennbar miteinander verbunden sind. Sie beinhalten deshalb z.B. in Kenia vertrauensbildende

Mittel, wie der Dokumentarfilm *An African Answer*, parallel zur nachhaltigen Landwirtschaft. Tony Rinaudo, Preisträger des Right Livelihood Award 2018 für die Förderung der “Farmer Managed Natural Regeneration (FMNR)”, sagt dazu: “Das Vertrauen ist entscheidend für den Erfolg der FMNR in einer Gemeinschaft”.

Das Zusammenspiel von Entwicklung, Frieden und Umwelt reicht von der Basis bis hin zur nationalen, regionalen und internationalen Ebene. Um ganzheitliche Lösungen für diese miteinander verbundenen Herausforderungen zu finden, arbeitet Initiative der Veränderung mit dem Geneva Centre for Security Policy (GCSP) zusammen. Gemeinsam führen sie eine Sommerakademie zu Land, Sicherheit und Klimawandel durch, die im Rahmen des Caux-Forums in diesem Jahr eröffnet wird.

Die Akademie ist auf weltweites Interesse gestossen, insbesondere bei Personen aus kleinen klimabedrohten Inselstaaten und Nordostindien. Gebiete die mit ethnischen Konflikten konfrontiert sind, die durch klimabedingte Vertreibung verschärft werden.

Der Fokus des Ansatzes von Initiative der Veränderung liegt in der Überzeugung, dass der Schlüssel für eine verbesserte Zusammenarbeit die Vertrauensbildung ist. Alle SDGs sind letztlich miteinander verbunden. Doch SDG 16 ist so etwas wie eine kritische Linse, mit der die gesamte Agenda 2030 betrachtet werden muss. Wir brauchen Frieden, um die SDGs zu erreichen – und wenn wir sie nicht erreichen, werden wir keinen Frieden haben.

### [Initiative der Veränderung](#)

Brigitt Altwegg

[Brigitt.Altwegg@caux.ch](mailto:Brigitt.Altwegg@caux.ch)

Programmleiterin Vertrauensbildung

### [links](#)

- [Land, Lives and Peace program \(auf Englisch\)](#)
- [Creators of Peace program](#)
- [Geneva Centre for Security Policy \(GCSP\) \(auf Englisch\)](#)
- [Summer Academy on Land, Security and Climate Change \(auf Englisch\)](#)
- [Caux Forum](#)

---

dossier

# Der Beitrag der Medien zum Unterziel 16.10



"Forum", eine Dialog- und Diskussionssendung, die in Niamey vom Studio Kalangou, der Informationssendung der Fondation Hirondelle in Niger, produziert und von 38 Radiosendern im ganzen Land ausgestrahlt wird. Foto: Ollivier Girard / Fondation Hirondelle

**Journalisten\_innen und Medien spielen bei der Erreichung von Ziel 16 eine entscheidende Rolle. Insbesondere tragen ihre Arbeiten zur Umsetzung des Unterziels 16.10 bei: "Den öffentlichen Zugang zu Informationen gewährleisten und die Grundfreiheiten schützen, im Einklang mit den nationalen Rechtsvorschriften und völkerrechtlichen Übereinkünften".**

Die Umsetzung dieses Ziels sowie von Artikel 19 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte – das Recht auf freie Meinungsäußerung und den Zugang zu Informationen – erfordert freie Medien, die in der Lage sind, ihre Aufgaben wahrzunehmen. Das heisst: Medien, die unabhängig sind und professionell über Fragen von öffentlichem Interesse berichten.



Tatsächlich sind Medien wichtige Vermittler zwischen Einzelpersonen und dem Rest der Gesellschaft. Sie spielen eine bedeutende Rolle bei der Meinungsbildung und der Gestaltung einer Gesellschaft. Die Medien verbinden die Bürger\_innen mit dem, was um sie herum geschieht, und mit sozialen, wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Institutionen. Zudem bieten sie diesen Institutionen auch Kanäle für die Interaktion mit den Bürgern\_innen.

Weil die Medien eine integrative und konsensorientierte Öffentlichkeit fördern, können sie zur Identifizierung gemeinsamer Interessen und Identitäten einer Gesellschaft und zu einvernehmlichen Lösungen für Konflikte beitragen. Sie dienen auch als "Wachhund", der im Namen der Bürger\_innen spricht, die politische Autorität herausfordert und die Mächtigen zur Rechenschaft zieht. Dadurch verteidigen sie direkt den "öffentlichen Zugang zu Informationen" und tragen zum "Schutz der Grundfreiheiten" bei, insbesondere das Recht aller Bürger\_innen, sich zu äußern und Informationen zu erhalten.

Diese Rolle der Medien und des Journalismus verteidigt die Fondation Hirondelle seit fast 25 Jahren, gemeinsam mit anderen Medienunternehmen auf der ganzen Welt. Die Stiftung wurde ursprünglich von Journalisten\_innen des Radio Suisse Romande ins Leben gerufen. Sie bietet Krisenopfern unabhängige, sachliche Informationen vor Ort und in Landessprache, damit sie ihre Rechte wahrnehmen und ihre Stimme erheben können. Die Mission der Fondation Hirondelle entspricht voll und ganz dem Ziel 16.10: Sie schult und betreut Journalistenteams in den Ländern, in denen sie tätig ist und unterstützt lokale Mediennetzwerke, damit sie ihren Auftrag, Informationen bereitzustellen und Räume für den Dialog mit der Bevölkerung zu schaffen, erfüllen können. Eine Mission die heute besonders wichtig ist. Dies zeigen schwere Krisen, wie jene der Sahelzone, in der die Fondation Hirondelle die Studio Tamani-Programme in Mali, Studio Kalangou in Niger und kürzlich Studio Yafa in Burkina Faso ins Leben gerufen hat. Ein anderes Beispiel ist die Zentralafrikanische Republik, in der wir seit 19 Jahren die führenden Medien des Landes unterstützen, das Radio Ndeke Luka. Auch in humanitären Krisenkontexten wie in den Rohingya-Flüchtlingslagern in Bangladesch ist die Fondation Hirondelle seit 2018 präsent. Sie bildet Flüchtlinge aus, damit diese grundlegende Informationen für die Flüchtlingsbevölkerung produzieren und verbreiten können.

### [Fondation Hirondelle](#)

Nicolas Boissez

[nicolas.boissez@hirondelle.org](mailto:nicolas.boissez@hirondelle.org)

Verantwortlich für die Kommunikation und Aussenbeziehungen

### links

- [Fondation Hirondelle](#)
- [Studio Tamani \(auf Französisch\)](#)
- [Studio Kalangou \(auf Französisch\)](#)
- [Studio Yafa \(auf Französisch\)](#)
- [Radio Ndeke Luka \(auf Französisch\)](#)
- [Refugee and Host Community RadioPro Unlimited \(auf Englisch\)](#)
- [Twitter: @FondHirondelle](#)
- [Facebook : @FondationHirondelle](#)

---

dossier

# Mit Clean & Green für Nachhaltigkeit und friedliches Zusammenleben



Grüne Schule Myanmar. Foto: Stiftung Kinderdorf Pestalozzi

Die zunehmenden Wetterextreme infolge des Klimawandels verursachen weltweit unvorstellbare Schäden. In Myanmar, einem der von Naturkatastrophen am häufigsten und stärksten betroffenen Länder, sterben tausende Menschen an den Folgen der Unwetter durch Seuchen und Hunger. Nebst der Ausbeutung der natürlichen Ressourcen, insbesondere der grassierenden Entwaldung, kämpft das Land gegen unsachgerechte Abfallentsorgung. Infolge langjähriger politischer und wirtschaftlicher Isolation des Landes, hat die zunehmende Verarmung die Gesellschaft sozial und ethnisch zersplittert. Auch in dieser Region verfolgt die Stiftung Kinderdorf Pestalozzi mit ihren Projekten die Verwirklichung der SDG 2030. Vor Ort fördert sie tragfähige Lebensgrundlagen und unterstützt entwurzelte Bevölkerungsgruppen. Ihr Fokus liegt auf zukünftigen Generationen, Gerechtigkeit, solidarischer Verantwortung und ist als Prävention gegen strukturelle Gewalt zu verstehen.

Mit der Einführung des positiven Friedenskonzepts des norwegischen Friedensforschers Johan Galtung wird deutlich, dass nachhaltige Entwicklung ein notwendiger Bestandteil der

Friedensbildung ist. Der positive Friedensbegriff umfasst zudem mehr als Analyse komplexer Ursachengefüge und Wechselwirkungen. Frieden erhält erst durch handlungsanleitende Relevanz tieferen Sinn, und so umfassendere Bedeutung, wenn Handlungen durch gut funktionierende Zusammenarbeit motivierter Akteure – gesellschafts- wie auch generationenübergreifend, zur Wirkung kommen. Eine wesentliche Grundvoraussetzung ist Frühsensibilisierung und -förderung von Kindern und Jugendlichen. Eine nachhaltige Gesellschaft schliesst in ihrem Denken folglich mehrere Generationen ein und kann nur im Rahmen der ökologischen Grenzen existieren, weswegen diese beiden Faktoren für unsere Arbeit als Basis für nachhaltige Entwicklung gelten.

Kommen wir auf Myanmar zurück. In den Regionen Irrawaddy, Mandalay, Magway, Shan und Kayah setzt die Stiftung mit drei Klosterschulen, zahlreichen Schüler\_innen, Lehrkräften und angrenzenden Gemeinschaften Umweltschutzmassnahmen um. Umwelt- und Ernährungsbildung gilt als fester Bestandteil des kinderzentrierten Unterrichts. Schüler\_innen übernehmen in Arbeitsgruppen selbstständig die Verantwortung für die Ausführung umweltbezogener Aufgaben. Kinder, Lehrpersonen und ganze Gemeinden bilden eine Lern- und Lehrgemeinschaft. Gesundheitsthemen, Pflanzen- und Heilkunden gehören ebenso zum Programm wie achtsamer Umgang mit natürlichen Ressourcen und sachgerechter Entsorgung von Abfällen. Ein Handbuch zur kinderzentrierten Umweltbildung wird in Zusammenarbeit mit dem Umweltschutzdepartement und der Forstwirtschaft der Regierung Myanmars entwickelt. Langfristig wird eine Anerkennung des Handbuchs dieses Clean & Green-Modells durch das Bildungsministerium angestrebt und die daraus resultierende Multiplikation des Konzeptes an öffentlichen Schulen landesweit.

Fern von Myanmar legen Kinder und Jugendliche im Kinderdorf in Trogen kultur- und nationenübergreifend den Grundstein für Frieden durch geteilte Kinderrechte. Interkulturelles und nachhaltiges Verständnis werden gelebt und als Selbstverständlichkeiten in Alltagshandlungen verankert. Über das Dorf hinaus geht das Bewusstsein für friedliches Zusammenleben. Denn die Welt ist durch Globalisierung längst zum Dorf geschrumpft. Dass "wir alle gleich sind", garantiert keinen Frieden. Die Stiftung bezieht ihre Partnerländer in Strategieprozessen ein, um als "One Organization" trans- und interinstitutionell wie auch transnational Rahmenbedingungen für eine faire soziale, ökologische wie auch wirtschaftliche Entwicklung an den jeweiligen Handlungsorten zu schaffen. Umwelt- und Friedensbildungsansätze sollen in Regelstrukturen multipliziert werden. Am Aushandlungsort und gesellschaftlichen Geschehen werden Kinder als zukünftige Bürger\_innen ermutigt, Botschafter\_innen für eine grüne Welt – lokal wie global – zu wirken. Inklusive Bildung mit Umweltbewusstsein auf allen Ebenen stellt für die Stiftung eine der erfolgsversprechenden langfristigen und stabilisierenden Massnahmen für Frieden und Nachhaltigkeit dar.

### [Stiftung Kinderdorf Pestalozzi](#)

Isabelle M. Derungs

[i.derungs@pestalozzi.ch](mailto:i.derungs@pestalozzi.ch)

Leitung Bildung und Evaluation

### links

- [Dominique Rinderknecht und Marco Fritsche helfen Kindern in Myanmar](#)
- [Video: Dominique Rinderknecht und Marco Fritsche helfen Kindern in Myanmar](#)

# Bibliotheken weltweit leisten einen Beitrag zum Frieden



Kleine Ausstellung zum Thema „Agenda 2030 und Rolle der Bibliotheken“ im Eingangsbereich zur Bibliothek. Foto: Mission 21

Soll die Umsetzung der UN-Agenda 2030 Erfolg haben, müssen sich Menschen überall auf der Welt ungehinderten Zugang zu Wissen und Informationen beschaffen können. Bibliotheken weltweit spielen dabei eine Schlüsselrolle. Die Fachbibliothek von Mission 21 hat sich Ziel 16 auf die Fahnen geschrieben.

## Zielvorgabe 16.10

Der Dachverband der Bibliotheken IFLA (International Federation of Library Associations) mit über zwei Millionen Mitgliedern konnte bei den vorbereitenden Verhandlungen zur Agenda 2030 ein wichtiges Anliegen in Zielvorgabe 16.10 verankern: „Den öffentlichen Zugang zu Informationen gewährleisten und die Grundfreiheiten schützen [...]“.

Bibliotheken vermitteln Wissen und tiefgehende Einsichten in komplexe Zusammenhänge und tragen somit zu einem guten Leben der Einzelnen und einer friedlichen Gesellschaft bei. Sie stellen Informationstechnologie für alle bereit, helfen den Menschen durch geschultes Personal, die erhaltenen Informationen gewinnbringend zu nutzen und bilden

weltweit ein vertrauenswürdiges Netzwerk von lokalen Zweigstellen in Stadt und Land. Wie kaum eine andere Institution erreichen sie alle Bevölkerungsschichten und schliessen niemanden aus.

## **Bücher für Südsudan**

Südsudan bildet in unserer kleinen Fachbibliothek einen thematischen Schwerpunkt. In letzter Zeit sind auffallend viele neue Publikationen zum jüngsten Staat der Erde erschienen. Im Juni 2018 zeige ich sie Peter Gai Lual Marrow, dem Vorsitzenden des südsudanesischen Kirchenbundes (Partnerkirche von Mission 21) und einem der Architekten des Aktionsplanes für den Frieden im Südsudan. Wir kommen ins Gespräch: über die Wichtigkeit von Bildung für die Gestaltung der Zukunft des Landes und über den Zugang zu guter Studienliteratur. Zum Beispiel für Studierende am Nile Theological College NTC in Juba, das Führungskräfte für die südsudanesischen Kirchen und Lehrkräfte ausbildet. Auf den künftigen Garantinnen und Garanten eines nachhaltigen Friedens im Land lastet eine grosse Verantwortung. Peter Gai meint, es sei enorm wichtig, dass sie sich gründlich mit der eigenen Geschichte auseinandersetzen könnten. Für den neuen Kurs im Bereich Sozialethik etwa, der die Probleme des Landes thematisiere und Lösungs- und Handlungsstrategien vermittele, brauche es entsprechende Studienliteratur in gut aufgestellten Bibliotheken.

Vor Ort sieht die Realität leider anders aus: Immerhin konnte die 2013 durch den Bürgerkrieg zerstörte Seminarbibliothek in Malakal 2016 in Juba wiederaufgebaut werden.

Im Flüchtlingslager Kakuma in Kenia haben die südsudanesischen Studierenden am „Giffen Institute“ ähnliche Probleme: Gute Bücher sind Mangelware, und von einem stabilen Internetzugang können sie nur träumen.

Ein klein wenig Abhilfe konnten wir im konkreten Fall dadurch schaffen, dass wir für beide Seminarbibliotheken die von Peter Gai ausgewählten Bücher hier in Basel erwarben und anschliessend durch Mittelspersonen an ihre Bestimmungsorte bringen liessen.

Ein Tropfen auf den heissen Stein? Ja, sicher, aber es gilt auch: steter (friedlicher)Tropfen höhlt den Stein (des Anstosses)!

### [Mission 21](#)

Claudia Wirthlin

[claudia.wirthlin@mission-21.org](mailto:claudia.wirthlin@mission-21.org)

Historikerin und Bibliothekarin und Leiterin der Fachbibliothek Mission 21

### [links](#)

- [Mehr zu Agenda 2030 und der Rolle der Bibliotheken](#)
- [Fachbibliothek Mission 21](#)

dossier

# Agenda 2030 bringt Chance für Friedens- statt Sicherheitspolitik



Menschen-Friedenszeichen am Friedensweg 2019 Kreuzlingen. Foto: Schweizerischer Friedensrat

Beim SDG 16 zum Thema Frieden wird wohl in einmaliger Klarheit deutlich, dass die Agenda 2030 unter Regierungen ausgehandelt worden ist mit einer klaren “Beisshemmung” in Bezug auf friedenspolitische Forderungen. Sicherheitspolitik, Armee und Rüstungspolitik sind auch im Rahmen der UNO Ausdruck der staatlichen Souveränität. So finden sich keine Forderungen zu Rüstungsbeschränkung, Abrüstung oder nur schon Rüstungskontrolle. Nicht einmal der universale Beitritt zu den Abkommen zum Verbot geächteter Waffen oder etwa des Waffenhandelsvertrags (ATT) wird gefordert. In Punkt 16.4. wird einzig verlangt: «Bis 2030 illegale Finanz- und Waffenströme deutlich verringern» (nicht etwa unterbinden).

Ist die Agenda 2030 deshalb aus friedenspolitischer Perspektive untauglich und kann getrost beiseite gelegt werden? Das wäre – in militärischen Begriffen gesprochen – eine Kapitulation im Voraus und zugleich eine Akzeptanz der Unantastbarkeit des Militärischen in der internationalen Politik. Es ist gerade in der aktuellen Diskussion um die Klimakatastrophe elementar, daran zu erinnern, dass Krieg immer noch die schlimmste Form der Umweltzerstörung darstellt, auch wenn “das Zivile” längst seine “Unschuld” verloren und in Bezug auf Zerstörungspotenzial massiv aufgeholt hat. Sich darauf zu beschränken, «zivile Lösungen» zu fordern, greift deshalb grundsätzlich zu kurz. Das belegt

gerade die Agenda 2030, die überzeugend aufzeigt, wie grosser Handlungsbedarf in den verschiedensten Bereichen besteht.

Die "Schwäche" des SDG 16 in Bezug auf konkrete friedenspolitische Postulate sollten wir als Chance nutzen. Dass nicht ausformulierte Postulate keiner Überprüfung ihrer Umsetzung bedürfen, eröffnet einen Interpretationsspielraum, was denn konkret im Bereich der Sicherheitspolitik geändert werden sollte, damit die Ziele der Agenda 2030 insgesamt erreicht werden können. Das beginnt bei der Höhe der Militärausgaben, deren Sparpotenzial ausgelotet werden muss, um in anderen Bereichen dringend benötigte Mittel freizubekommen. Insbesondere in der Schweiz ergibt sich auch die günstige Gelegenheit, die aktuelle sicherheitspolitische Konzeption zu hinterfragen, die sich auch zwanzig Jahre nach dem Ende der Blockkonfrontation noch nicht vom Kalten-Kriegs-Denken hat emanzipieren können. Im Beitrag «Die Schweizer Politik vom Frieden her denken und gestalten» im NGO-Bericht zur Umsetzung der Agenda 2030 «Wie nachhaltig ist die Schweiz?» haben Anna Leissing und ich aufgezeigt, wie eine solche Umorientierung aussehen kann, mit einer Abkehr von der überholten autonomen Verteidigung als Grundpfeiler der Sicherheitspolitik hin zur Beteiligung am System der kollektiven Sicherheit der UNO (und OSZE) als Hauptaufgabe der Armee, was zugleich endlich den grundsätzlichen Verzicht auf Kriegsmaterialexporte ermöglicht. Zugleich stärkt dies die Stellung der Schweiz innerhalb der UNO und gibt ihrer Kandidatur für einen nichtständigen Sitz im Sicherheitsrat für 2023 zusätzliche Legitimation. Wird unsere Verteidigungsministerin, die mit viel Mut unkonventionelles Denken ins VBS hinein gebracht hat, auch bereit und imstande sein, ein solches Umdenken in der Sicherheitspolitik anzustossen? Wir sind gerne bereit, ihr bei dieser Herkulesaufgabe mitzuhelfen.

[Schweizerischer Friedensrat](#)

Ruedi Tobler

[ruedi.tobler@friedensrat.ch](mailto:ruedi.tobler@friedensrat.ch)

[links](#)

- [NGO-Bericht zur Umsetzung der Agenda 2030 «Wie nachhaltig ist die Schweiz?»](#)
- [Schweizerischer Friedensrat](#)

---

dossier

# Der Handlungsspielraum der Zivilgesellschaft und das Entwicklungsziel 16



Titelbild des Berichts. Foto: Paul Jeffrey, Cox's Bazar

Jahrelang mussten wir eine weltweite Schwächung der grundlegenden Bürgerrechte mitansehen: Die Meinungs-, Versammlungs- und Pressefreiheit wird in vielen Ländern zunehmend eingeschränkt. Als Reaktion darauf hat HEKS zusammen mit der Dan Church Aid und Bread for the World als «Act Alliance» eine Studie in Auftrag gegeben, welche die Rolle der Zivilgesellschaft bei der Erreichung der Entwicklungsziele untersucht.

Der daraus entstandene Bericht basiert auf Fallstudien, die in Brasilien, Kambodscha, Nepal und Simbabwe durchgeführt wurden, und auf 12 Länder-Desk-Studies. Er analysiert die Rolle der Zivilgesellschaft für die Erreichung der Entwicklungsziele und zeigt wie ihr eingeschränkter Handlungsspielraum sich bereits negativ auf die Erreichung gewisser Ziele auswirkt und weiter auswirken wird.



Wer und wie am zivilgesellschaftlichen Raum teilgenommen wird, hat sich verändert: Der schwindende zivilgesellschaftliche Raum schränkt liberale Menschenrechtsakteure ein und erweitert gleichzeitig den Einfluss von rechten, extremistischen und konservativen Gruppen. Die zunehmende Digitalisierung hat zudem dazu beigetragen, dass widerspenstige Protestbewegungen aller Akteure mehr Platz einnehmen.

Politische Eliten verkleinern den zivilgesellschaftlichen Raum im Rahmen von nationalen Kämpfen um politische und wirtschaftliche Macht. Konflikte um die Nutzung von natürlichen Ressourcen und Land haben sich als Hauptgründe für die Einschränkung des zivilgesellschaftlichen Raums herausgestellt.

Die Entwicklungsziele werden ohne eine voll engagierte Zivilgesellschaft scheitern. So lautet das wichtigste Ergebnis der Studie. Mit der Einschränkung des zivilgesellschaftlichen Raums riskieren wir, Fortschritte wie; mehr Gleichheit, die Sicherstellung der Integration und bessere Nachhaltigkeit, wieder rückgängig zu machen. Denn oft sind es gerade die Ausgegrenzten, die ein grosses Risiko laufen, von der Entwicklung "zurückgelassen" zu werden. Die Studie kommt daher zu dem Schluss, dass ein starker zivilgesellschaftlicher Raum nicht optional, sondern ein Muss ist, um eine nachhaltige Entwicklung zum Wohle aller sicherzustellen.

Das Entwicklungsziel 16 hat eine doppelte Rolle in Bezug auf die Auswirkungen einer eingeschränkten Zivilgesellschaft. Erstens führt die Schrumpfung des zivilgesellschaftlichen Raums zu einer Verschlechterung der Entwicklungsergebnisse des Ziels 16 in Bezug auf Gewalt, Menschenrechtsverletzungen, Missbrauch der Rechtsstaatlichkeit, soziale und politische Ausgrenzung und auf die breiteren Perspektiven für friedliche, stabile und gerechte Institutionen. In den Fallstudien zeigte die Hälfte der Unterziele des Entwicklungsziels 16 messbare Anzeichen einer Verschlechterung infolge spezifischer Einschränkungen des zivilgesellschaftlichen Raums. Die Bemühungen der Regierung, den zivilen Raum zu begrenzen, haben unmittelbare Auswirkungen auf die Rolle der Zivilgesellschaft beim Aufbau von Vertrauen in polarisierenden Gesellschaften.

Zweitens beziehen sich die Ergebnisse von Entwicklungsziel 16 auch auf die Kapazitäten der zivilgesellschaftlichen Akteure zum Schutz öffentlicher Institutionen, geleitet durch die folgenden Schlüsselemente: Armut und Hunger, Arbeit, Lebensgrundlagen und Umwelt. Massnahmen gegen Aktivist\_innen der Zivilgesellschaft untergraben die Grundfreiheiten der Vereinigungs-, Meinungs-, Versammlungs- und Schutzfreiheit sowie die Fähigkeit der Zivilgesellschaft und von Menschenrechtsverteidiger\_innen, die Regierungspolitik zu überprüfen. Der Aufbau und die Sicherung effektiver, rechenschaftspflichtiger und integrativer Institutionen auf allen Ebenen ist daher eine Voraussetzung für die Umsetzung der Agenda 2030.

Die wichtigsten Ergebnisse der Studie auf einen Blick:

– Der schrumpfende Raum der Zivilgesellschaft behindert die soziale und wirtschaftliche Entwicklung und die Erreichung der Entwicklungsziele.

– Die Einschränkung des zivilgesellschaftlichen Raums hindert Organisationen der Zivilgesellschaft daran, sich an der Formulierung von Richtlinien zu beteiligen, Rechte zu

überwachen, das Bewusstsein zu schärfen, die Stimme gefährdeter Bevölkerungsgruppen zu vertreten und Partnerschaften aufzubauen.

– Wenn der zivilgesellschaftliche Raum begrenzt ist, besteht die Gefahr, dass wichtige Stimmen ausgeschlossen werden und das soziale Misstrauen wächst. Letztendlich erhöht dies die Ungleichheiten und macht die Entwicklung weniger nachhaltig.

– Der zivilgesellschaftliche Raum ist unerlässlich, um transparente und nachprüfbar Informationen sicherzustellen. Wenn objektive Daten aufgrund des schrumpfenden zivilgesellschaftlichen Raums fehlen, wird das Vertrauen in offizielle Daten und die politische Leistung sinken.

– Die Schwächung der Zivilgesellschaft kann eine permissive Kultur der Korruption unter den Elitegruppen ohne ausreichende Kontrolle verstärken. Dies könnte nicht nur das Vertrauen in die Regierung untergraben, sondern auch erhebliche Wirtschafts-, Ernährungs- und politische Krisen auslösen.

– Die Überbetonung grosser Infrastrukturprojekte und des Wirtschaftswachstums konkurrieren zunehmend mit dem Diskurs der Inklusion und gefährden damit das zentrale Entwicklungsziel-Prinzip “niemanden zurücklassen”.

## HEKS

Una Hombrecher

Una.Hombrecher@heks.ch

## links

- [Lesen Sie den ganzen Bericht \(auf Englisch\)](#)

---

dossier

# Frieden, Gerechtigkeit und Inklusion bedingt Geschlechtergerechtigkeit



Trauer einer Mutter, deren Tochter Opfer eines Ehrenmordes wurde. Performance im Rahmen einer Kunstausstellung zur Sensibilisierung über geschlechtsspezifische Gewalt, Haifa, Israel. Foto: Anne Paq/activestills

Die Agenda 2030 stellt einen wichtigen Referenzrahmen für die Inland- und Ausland-Programme des cfd dar. Ihre Botschaft verkörpert die 80-jährige Vision des cfd: «Leave no one behind» (Lassen wir niemanden zurück).

Geschlechtergerechtigkeit ist für den cfd ein Schlüssel, um einen positiven Frieden zu erreichen. Sie ist Vorbedingung und Ziel zugleich: Ohne Frieden gibt es keine Geschlechtergerechtigkeit und ohne Geschlechtergerechtigkeit keinen Frieden. Deswegen orientiert sich der cfd sowohl an SDG 16 *Frieden, Justiz, Inklusive Institutionen* wie auch an SDG 5 *Geschlechtergleichheit*. Für den cfd hängen beide Ziele eng zusammen: Frieden, Gerechtigkeit und Inklusion sind nur mit Geschlechtergerechtigkeit zu realisieren.

Von SDG 16 und SDG 5 sind für den cfd unter anderem folgende Unterziele wichtig zu erreichen:

– Alle Formen der Gewalt und die gewaltbedingte Sterblichkeit überall deutlich verringern

(16.1)

– Dafür sorgen, dass die Entscheidungsfindung auf allen Ebenen bedarfsorientiert, inklusiv, partizipatorisch und repräsentativ ist (16.7)

– Alle Formen der Diskriminierung von Frauen und Mädchen überall auf der Welt beenden (5.1)

– Alle Formen von Gewalt gegen alle Frauen und Mädchen im öffentlichen und im privaten Bereich einschliesslich des Menschenhandels und sexueller und anderer Formen der Ausbeutung beseitigen (5.2)

Die cfd-Projekte tragen immer zu beiden SDG 16 und 5 bei. Was heisst das konkret? Hier zwei Beispiele aus der internationalen Zusammenarbeit:

In Israel trägt das Projekt *Kifaya – Es reicht!* zur Verringerung geschlechtsspezifischer Gewalt bei. Gewaltbetroffene Frauen und Mädchen erhalten Informationen, Beratung über Schutzmöglichkeiten und Rechtshilfe. Jugendliche, Frauengruppen und weitere Bevölkerungsschichten werden für Gewalt sensibilisiert, unter anderem mit einer Kunstaussstellung.

In Algerien trägt das Projekt *Nashat – Aktion* zu einer inklusiven Gesellschaft bei. Es fördert die gesellschaftliche Teilhabe von Jugendlichen. Diese sollen ihr Selbstbewusstsein stärken und lernen, sich in ein gemeinsames Projekt einzubringen. Sie eignen sich Wissen über Kinder- und Frauenrechte, über Schutz vor Gewalt und über Migration an. Es geht um den Austausch von Meinungen. Aber auch darum, Verantwortung zu übernehmen und sich als aktive und wichtige Mitglieder der Gesellschaft zu verstehen, die Veränderung herbeiführen können. Die Jugendlichen bringen das Gelernte als Multiplikatorinnen und Multiplikatoren in ihre Familien und Freundeskreise ein und stossen damit ein Umdenken in ihrer Generation an.

In der Agenda 2030 werden alle Staaten aufgefordert, die 17 nachhaltigen Entwicklungsziele national umzusetzen und damit die grossen weltweiten Herausforderungen zu meistern. Die SDG werden dadurch auch zu innenpolitischen Zielen. Mit seinen Projekten in der Schweiz trägt der cfd ebenfalls zu SDG 16 und 5 bei. Zum Beispiel:

– Mit dem Projekt «Berufsmentoring – Migrantinnen in Netzwerken der Arbeitswelt» trägt der cfd zu einer inklusiven Gesellschaft und zur Beendigung der Diskriminierungen von Frauen/Mädchen bei. Gut qualifizierte Migrantinnen erhalten durch das Mentoring-Projekt besseren Zugang zu Informationen und Netzwerken der Arbeitswelt. Auf der Suche nach einer Stelle, die ihren Qualifikationen entspricht, werden sie zudem eng begleitet und unterstützt.

– Das Projekt “Beitrag der Zivilgesellschaft zur Umsetzung des Schweizer NAP 1325” zielt darauf ab, die Erfahrungen und das Know-how der Zivilgesellschaft bei der offiziellen Umsetzung des schweizerischen NAP 1325 zu berücksichtigen. Hauptziel ist die Stärkung einer gendersensiblen Friedenspolitik in der schweizerischen Innen- und Außenpolitik.

Die Schweiz als reicher, global vernetzter Staat trägt grosse Verantwortung für die Realisierung der Agenda 2030. Der cfd begrüsst die Koordination der Umsetzung der Agenda 2030 durch den Bund. Eine partnerschaftliche Beteiligung der Zivilgesellschaft ist dabei aus unserer Sicht essenziell, da die NGOs bereits heute einen grossen und wichtigen Beitrag leisten und auch weiterhin leisten können. Ebenso erachten wir den Einbezug der Kategorie Gender als unabdingbar, um Frieden, Gerechtigkeit und Inklusion zu erreichen.

#### cfid

Virginie Poyetton

virginie.poyetton@cfid-ch.org

Programmverantwortliche Friedenspolitik

#### links

- [Projektbeschreibung Kifaya - Es reicht!](#)
- [Projektbeschreibung Nashat - Aktion](#)
- [Projekt: Frauen, Frieden und Sicherheit](#)

---

dossier

# Die SDGs: das erste Entwicklungsprojekt für die gesamte Menschheit



Decke des Raumes für Menschenrechte und Dialog zwischen den Zivilisationen. Vereinte Nationen Palais des Nations, Genf. Bild: Christophe Barbey

Zum ersten Mal in ihrer Geschichte hat die Menschheit ein universelles Entwicklungsprojekt beschlossen. Dieses gilt für alle Staaten und Institutionen sowie für alle Menschen. Der Slogan lautet: "Lassen wir niemanden zurück". Das Projekt ist zwar nicht verbindlich, wird aber von Zielen und Indikatoren zur Messung der Fortschritte begleitet und der Friede ist darin voll integriert.

In den letzten Jahren hat APRED in Zusammenarbeit mit dem Center for Global Nonkilling (CGNK) bei den Vereinten Nationen an Ziel 16.1 der SDGs gearbeitet: "Alle Formen von Gewalt und die damit verbundenen Sterblichkeitsraten weltweit deutlich zu reduzieren". Um Gewalt zu reduzieren, fördern wir einen systematischeren Einsatz von Mediation und die friedliche Beilegung von Streitigkeiten. Sie ist völkerrechtlich verbindlich, und es ist wichtig, dass auch die Menschen davon profitieren, und sei es nur, um eine Gewohnheit zu schaffen, die die Staaten dazu zwingt, sie einzuhalten. Die Mediation soll weiterhin freiwillig aber jedem zugänglich sein.

APRED unterstützt auch den Aufbau von Friedensinfrastrukturen durch: die Aufnahme von

Friedenszielen und -instrumenten in die Verfassungen, Aktivierung des Menschenrechts auf Frieden, die Schaffung von Ministerien oder Friedensabteilungen in den Regierungen und natürlich eine Wirtschaft und öffentliche Mittel, die dem Fortschritt des Friedens gewidmet sind.

Das Recht auf Leben mit all seinen Dimensionen ist für den Fortschritt und die Stabilität des Friedens von wesentlicher Bedeutung. Leider ist die weltweite Mordrate in den letzten zwei Jahren gestiegen. Daher sind weitere Massnahmen zum Schutz und zur Verbesserung des Lebens erforderlich. Mit Hilfe der Universal Periodic Review of Human Rights aller Länder macht die CGNK Staaten auf jene Elemente aufmerksam, die zur Achtung des Lebens erforderlich sind, aber auch auf ihre Mängel im Bereich des Rechtsschutzes und der Friedenskonsolidierung.

## APRED

Christophe Barbey

cb@apred.ch

## links

- [For a right of access to mediation \(auf Englisch\)](#)
- [Infrastructures for peace \(auf Englisch\)](#)
- [Peace infrastructures handbook \(auf Englisch\)](#)
- [APRED on Peace Policies and Infrastructures \(auf Englisch\)](#)
- [Universal Periodic Review \(auf Englisch\)](#)
- [Center for Global Nonkilling at the UN \(auf Englisch\)](#)
- [New Small Arms Survey data: significant rise in global violent deaths in 2017 \(auf Englisch\)](#)

---

dossier

# Unterstützung der Zivilgesellschaft bei der freiwilligen nationalen Überprüfung 2019



Ready for Review Projekt. @Cordaid

Die Civil Society Platform for Peacebuilding and Statebuilding (CSPPS) ist das globale Netzwerk von zivilgesellschaftlichen Akteuren, Experten\_innen und Wissenschaftlern\_innen aus dem Süden und Norden, die zusammenarbeiten, um Konfliktprevention und Friedensförderung in fragilen Kontexten zu unterstützen. Das CSPPS wird von der Generaldirektion Internationale Zusammenarbeit und Entwicklung (DEVCO) der EU-Kommission unterstützt, um seinen Arbeitsplan 2019-2020 umzusetzen. Am 1. Januar 2019 begann CSPPS eine einjährige Zusammenarbeit mit dem französischen Ministerium für Europa und Auswärtige Angelegenheiten (MEAE). Dadurch kann es seine Arbeit fortsetzen und ausweiten, die Stimme der Zivilgesellschaft im Rahmen des Internationalen Dialogs über Friedenskonsolidierung und Staatsaufbau (IDPS) stärken, und die Umsetzung des ganzheitlichen Ansatzes des Ministeriums zur Bewältigung von Krisen und Fragilität unterstützen.

Zum ersten Mal seit der Einführung der Agenda 2030 im Jahr 2015 wird sich das SDG 16 – zusammen mit anderen SDGs – am High-Level Political Forum im Juli 2019 einer



detaillierten Überprüfung unterziehen. Mit der Unterstützung des MEAE und der DEVCO hat dies CSPPS dazu veranlasst, sein Ready for Review-Projekt umzusetzen. Ready for Review ist ein Projekt zur Unterstützung des zivilgesellschaftlichen Engagements in fragilen und konfliktbehafteten Ländern, das auf die 2019 Voluntary National Review (VNR) ausgerichtet ist und in Partnerschaft mit dem TAP-Netzwerk durchgeführt wird. Konkret basiert dieses Projekt auf politischen Dialogprozessen, die im Rahmen der IDPS-Partnerschaft stattfinden. Dies bedeutet, dass CSPPS, in Partnerschaft mit dem TAP-Netzwerk und lokalen zivilen Partnern die sinnvolle Einbeziehung und den Beitrag der Zivilgesellschaft während der Prozesse der VNR – mit Schwerpunkt SDG 16+ – unterstützt. Die hierzu ausgewählten Länder sind: die Elfenbeinküste, die Zentralafrikanische Republik, der Tschad, Sierra Leone, Timor-Leste, Ruanda, Ghana und Nigeria. Diese Länderauswahl zeigt die Bereitschaft des CSPPS, die bestehende Partnerschaft, wie sie im Rahmen des IDPS aufgebaut wurde, zu nutzen und gleichzeitig Türen für neue Verbindungen zu öffnen, indem sie Nicht-G7+-Länder (Ruanda, Ghana und Nigeria) miteinbezieht.

Vor Ort ermöglichte die Unterstützung von CSPPS – soweit im Rahmen des politischen Kontextes und mit Hilfe des Expertenmoderators möglich – eine sinnvolle Einbeziehung der nationalen und lokalen Zivilgesellschaft während der Konsultations- und Validierungsphase des VNR-Prozesses. Dies auch durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit unter Einbeziehung von Jugend- und Frauenrechtsorganisationen. Die Ergebnisse von Workshops flossen in die nationalen VNR-Berichte ein und unterstützen die nächsten Schritte bei der Lokalisierung und Umsetzung der Agenda 2030. Zweifellos haben die Koordinationsbemühungen des CSPPS in den verschiedenen Phasen der VNR-Konsultationsprozesse die Voraussetzungen für eine bessere Zusammenarbeit zwischen staatlich und zivilgesellschaftlich geführten Aktivitäten verbessert. Die qualitativen Daten, die während der Beratungsworkshops im Land gesammelt wurden, legten den Grundstein für eine gemeinsame Positionierung der Zivilgesellschaft über den aktuellen Stand der SDG-Umsetzung auf nationaler Ebene. Die Kombination von Workshop-Aktivitäten mit der Vermittlung von IDPS-, Geber- und Regierungspartner hat die VNR-Prozesse strategisch unterstützt, während gleichzeitig Einstiegspunkte für Folgegespräche ermöglicht wurden. Zudem organisiert CSPPS während und nach dem High-Level Political Forum, einen Peer-to-Peer-Austausch, damit die zivilgesellschaftlichen Vertreter\_innen sich über ihre VNR-Erfahrungen austauschen können.

## CSPPS

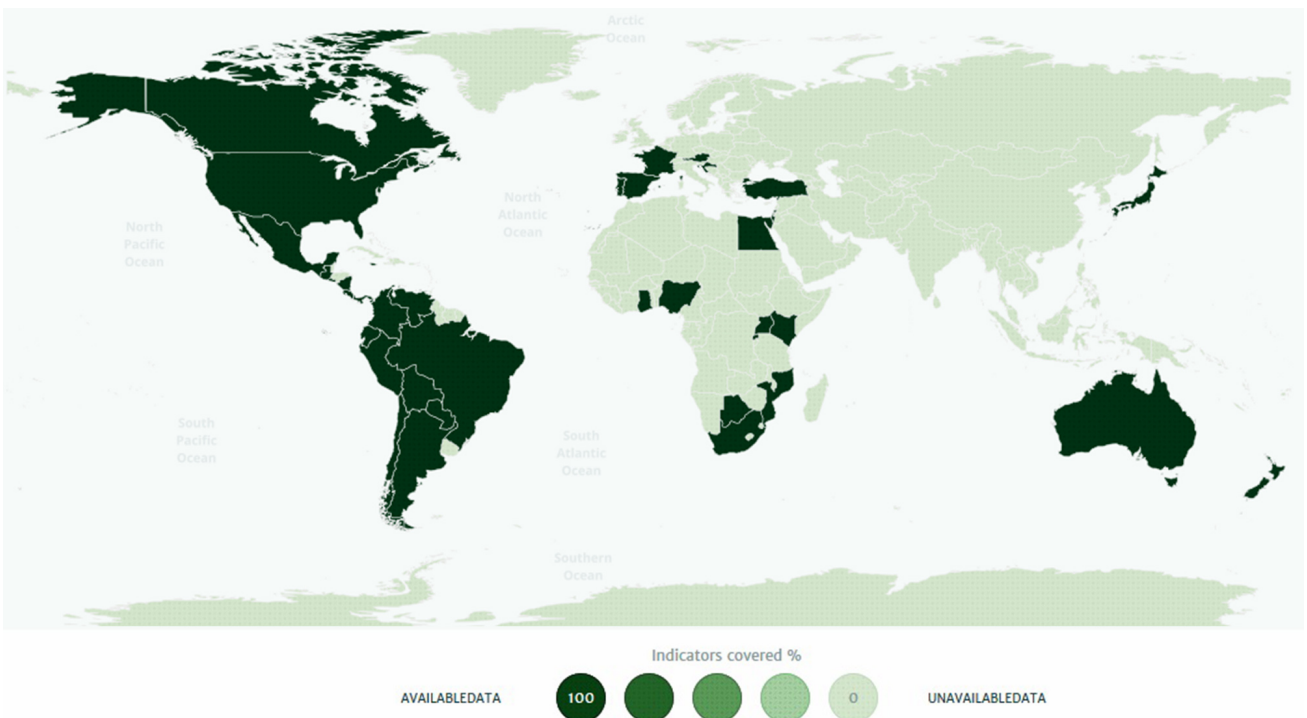
Peter van Sluijs  
PSL@cordaid.org  
Coordinator CSPPS

## links

- [CSPPS \(auf Englisch\)](#)
- [Read for Review \(auf Englisch\)](#)

erfahren sie mehr darüber

# Ziele, Indikatoren, Daten – Kann man Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen messen?



Melden Opfer von Gewalt die Vorfälle den zuständigen Behörden? Zu diesem (16.3.1) und weiteren Indikatoren liegen nur aus vereinzelt Ländern Daten vor. Screenshot der SDG Daten Initiative

Das SDG 16 will mehr sein als bloss politischer Wegweiser. Die Agenda 2030 hat den Anspruch, die Ziele innerhalb von 15 Jahren umzusetzen. Dies setzt voraus, dass sich die Implementierung genau messen lässt.

Das Entwicklungsziel 16 zählt in seinem integrierten Ansatz 16+ insgesamt 54 Indikatoren. Da die SDGs Universalität beanspruchen, will man das Erreichen der Entwicklungsziele auch auf globaler Ebene verfolgen können. Dafür braucht man internationale Standards, die vorgeben, wie Daten erhoben und die Indikatoren gemessen werden sollen. Aus dem aktuellen Zwischenbericht des Institute for Economics & Peace (IEP) wird ersichtlich, dass es bei dieser Harmonisierung hapert:

– Zu zehn von 54 Indikatoren des Ziels 16+ werden momentan in gar keinem Land Daten erhoben.

- Bei weiteren zehn Indikatoren hat die Suche nach Methodologie und international gültigen Standards erst gerade begonnen.
- Zu weniger als der Hälfte der 54 Indikatoren gibt es von Seiten der verantwortlichen UNO-Organen offizielle Datenquellen und eine harmonisierte Methodologie.
- Auch für jene Indikatoren, für die offizielle Daten vorhanden sind, liegen sie oft nur zu vereinzelten Ländern vor.
- Zur Messung der anderen Indikatoren müssen auf sogenannte «Proxy»-Daten – oft von privaten Anbietern oder NGOs – zurückgegriffen werden. Diese sind jedoch in ihrer Definition meist nicht identisch mit den SDG16 Indikatoren und nicht für alle Länder verfügbar.

Die Datenerfassung fällt zudem fragilen und von Konflikten betroffenen Ländern besonders schwer. Dies führt zu dem Paradox, dass das Erreichen des Ziels 16 in den Ländern am wenigsten messbar ist, die auf seine erfolgreiche Umsetzung am meisten angewiesen wären. Für Claire Melamed, CEO von «Global Partnership for Sustainable Development Data», ist das Fehlen von Daten aus gewissen Regionen der Welt eine globale Ungerechtigkeit, die internationale Akteure zur Unterstützung verpflichtet: «Wenn jedes Leben zählt, sollten wir jedes Leben zählen.»

Solche Messungen kosten viel Zeit und Geld. Umso wichtiger ist es, dass sich der Aufwand auch lohnt. Tatsächlich ist die Fokussierung der SDGs auf möglichst quantitativ messbare Indikatoren umstritten. Adedayo Bolaji-Adio schreibt beispielsweise in einem Diskussionspapier, dass die Indikatoren von Ziel 16 nur begrenzt zu mehr Informationen und Fortschritt führen: «Die internationale Gemeinschaft kann keine überzeugenden Argumente für Staatsführung, Frieden und Sicherheit vorbringen, wenn sie sich in erster Linie auf statistische Indikatoren stützt.» Ziele wie Gerechtigkeit oder gute Staatsführung werden stets normativ definiert und sind in ihrer Umsetzung und Messung somit hoch politisch. Kontext ist entscheidend, doch dieser kann in international harmonisierten Datenerhebungen nicht berücksichtigt werden.

Die definierten Indikatoren können zweifellos helfen, einen Überblick über bereits Erreichtes zu schaffen sowie aufzuzeigen, wo noch besondere Anstrengungen nötig sind. Wegen der politischen Natur von Ziel 16+ scheint die Fokussierung auf quantitative Daten jedoch problematisch. Ergänzend sollten qualitative Analysen in jedem Land und für jedes Unterziel durchgeführt werden, um dem jeweiligen Kontext Rechnung zu tragen.

[swisspeace](#)

Alex Sieber

[alex.sieber@swisspeace.ch](mailto:alex.sieber@swisspeace.ch)

Communications

[links](#)

- [Globale Datenbank der nachhaltigen Entwicklungsziele, UN-Statistikkommission \(auf Englisch\)](#)
- [Globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklungsdaten \(auf Englisch\)](#)

- [SDG16 Daten Initiative \(auf Englisch\)](#)
- [SDG16+ Zwischenbericht, Insitut für Wirtschaft und Frieden \(auf Englisch\)](#)
- [«The Challenge of Measuring SDG 16: What Role for African Regional Frameworks?»,  
Diskussionspapier, European Centre for Development Policy Management \(auf Englisch\)](#)

---

aktuell

# Fragilität, Konflikte & Staaten Kurs



Mann auf einem Motorrad in Somalia, 2012. Foto: Reto Kuster

*“Dieser Kurs gab mir die Möglichkeit, einen fruchtbaren Austausch mit einer Reihe von erfahrenen und aufgeschlossenen Menschen in einem angenehmen Umfeld zu führen. Dadurch konnte ich mich ausserhalb des Arbeitsalltages kritisch mit meinem eigenen Tätigkeitsbereich auseinandersetzen.”*

**Male Thienken, Projektleiter Horn von Afrika, Care Germany-Luxembourg e.V.**

Fragile Staaten sind für sämtliche Akteure – von Bürger\_innen bis zu politischen Entscheidungstragenden – von grosser Bedeutung. Sie sind nicht nur besonders anfällig für gewalttätige Konflikte, sondern werden auch für eine Reihe öffentlicher Missstände über die Ländergrenzen hinweg verantwortlich gemacht. Obwohl “Fragilität” im Denken von Gönner\_innen und Hilfsorganisationen weit verbreitet ist, bleibt das Konzept unklar und regt die Debatte darüber an, wie die internationale Gemeinschaft am besten darauf reagieren kann. Dieser Kurs konzentriert sich auf die konzeptionellen, politischen und praktischen Herausforderungen des Staatsaufbaus in fragilen und konfliktbehafteten Kontexten.

Der von swisspeace angebotene Kurs Fragility, Conflict & Statebuilding findet vom **16. bis 18. Oktober 2019** an der Universität Basel statt. Die Anmeldefrist endet am **15. August 2019**.

Continuing Education  
academy@swisspeace.ch

[links](#)

- [Weitere Informationen](#)
- [Anmeldung](#)

---

aktuell

# KOFF Highlights 2018: Wie tragen wir zur Friedensförderung bei?



Hands Up for Peace, Street Art Missouri, USA. Creative Commons

Im KOFF Jahresbericht 2018 zeigen die einzelnen Artikel, wie KOFF konkret zur Friedensförderung beiträgt. Die Antworten erhielten wir dank Interviews mit Vertreterinnen und Vertretern von KOFF Trägerorganisationen, mit denen KOFF im Jahr 2018 eng zusammengearbeitet hat.

Einer der Texte erklärt beispielsweise, weshalb KOFF Filmabende über friedenspolitische Themen helfen, auch ein breites Publikum für die Thematik zu sensibilisieren. In einem weiteren Artikel wird die Bedeutung der Zivilgesellschaft hervorgehoben, wenn es darum geht, Frauen in der Friedensförderung mitzudenken. Zudem wird mehrmals verdeutlicht, welchen Mehrwert der intensive Austausch der Plattform KOFF bietet.

Lesen Sie [hier](#) den ganzen Bericht.

[swisspeace](#)

Amélie Lustenberger

[amelie.lustenberger@swisspeace.ch](mailto:amelie.lustenberger@swisspeace.ch)

Communications Officer

[links](#)





---

aktuell

# Konferenz: Die Perspektive der Zivilgesellschaft zu "Frauen, Frieden und Sicherheit" und Prävention von gewalttätigem Extremismus

Save the date: 18. September 2019, 08:45 – 17:00 Uhr, in der Aula der Stiftung PROGR – Zentrum für Kulturproduktion, Waisenhausplatz 30, 3011 Bern

Diese Konferenz soll das Bewusstsein und die Diskussion über die Zukunft des Themas "Frauen, Frieden und Sicherheit" und die Rolle der Schweiz bei ihrer Gestaltung schärfen. Wir wollen uns auch die PVE-Agenda (Prävention von gewalttätigem Extremismus) und ihre Verbindung zu "Frauen, Frieden und Sicherheit" genauer ansehen und untersuchen, wo potenzielle Risiken und Herausforderungen liegen sowie wo Möglichkeiten bestehen.

Weitere Informationen erscheinen in Kürze auf der [KOFF-Webseite](#).

[swisspeace](#)

Andrea Grossenbacher

[Andrea.Grossenbacher@swisspeace.ch](mailto:Andrea.Grossenbacher@swisspeace.ch)

links

- [Working Group on Women, Peace & Security \(auf Englisch\)](#)

---

agenda

# Veranstaltungen & News

## KOFF MEMBER NEWS SEITE

Neuigkeiten der KOFF-Trägerorganisationen finden Sie auf unserer KOFF MEMBER NEWS SEITE.

---

## SWISSPEACE KURSE

Für die folgenden swisspeace Kurse können Sie sich jetzt anmelden:

- Religion & Conflict Transformation
- Business, Conflict and Peacebuilding
- Dealing with the Past Course

Informationen über das gesamte swisspeace Kursangebot zu Friedensförderung und Konflikten, finden Sie auf UNSERER WEBSEITE.

---

Dieses PDF wurde automatisch generiert.  
Lesen sie à propos: [www.swisspeace.ch/apropos](http://www.swisspeace.ch/apropos)

---

Herausgeber	KOFF von swisspeace
Kontakt	Sonnenbergstrasse 17, Postfach, CH-3001 Bern, Tel.: +41 (0)31 330 12 12
Redaktion	Amélie Lustenberger & Alex Sieber
Übersetzung	Furrer Übersetzungen, Übersetzergruppe Zürich
Bildmaterial	Indien 2016. Creative Commons

## KOFF

Die Schweizer Plattform für Friedensförderung  
La plateforme suisse de promotion de la paix  
La piattaforma svizzera per la promozione della pace  
The Swiss platform for peacebuilding

---

KOFF ist ein Projekt der Schweizerischen Friedensstiftung swisspeace. Es wird gemeinsam getragen vom Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten und den folgenden Schweizer Nicht-regierungsorganisationen:

ae-centre	Graines de Paix	Peace Watch Switzerland
Alliance Sud	Green Cross Schweiz	Peace Brigades International
APRED	GSoA	Peace Nexus Foundation
artasfoundation	HEKS	Quaker United Nations Office
BAHA'I	HELVETAS Swiss Int.	Schweizerische Flüchtlingshilfe
Brücke · Le pont	IAMANEH Schweiz	Schweizerischer Friedensrat
Caritas Schweiz	Institute for Conflict	Schweizerischer Katholischer
Caux - Initiativen	Transformation and	Frauenbund
der Veränderung	Peacebuilding	Schweizerisches Rotes Kreuz
cfp	IFOR-Schweiz	SCI Schweiz
DCAF	Interpeace	Solidar Suisse
Eirene Schweiz	Luzerner Initiative für Frieden	SOS Kinderdorf
Fastenopfer	und Sicherheit (LIPS)	Stiftung Kinderdorf Pestalozzi
Fondation Hirondelle	medico international schweiz	Swiss Academy for
FriedensFrauen Weltweit	mission 21	Development
Frauen für den Frieden	miva Schweiz - transportiert	SWISSAID
Schweiz	Hilfe	Terre des Femmes Schweiz
Gesellschaft für bedrohte	Palmyrah	terre des hommes schweiz
Völker		